

presse

Steinbach missbraucht Vertreibungsoffer für eigene Interessen

Zur erneuten Forderung der CDU-Abgeordneten Erika Steinbach nach einem Sitz im Rat der "Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung" erklärt die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Angelica Schwall-Düren:

Erika Steinbach scheint wirklich jedes Mittel recht, um ihre persönlichen Machtinteressen durchzusetzen. Nachdem sie sich durch verantwortungslose Äußerungen in den bilateralen Beziehungen mit Polen und Tschechen zur Persona non grata gemacht hat, benutzt sie jetzt die leidvollen Erfahrungen der deutschen Vertriebenen, um gegen den eigenen Koalitionspartner Stimmung zu machen und sich selbst zu profilieren.

Mit der Ablehnung des deutsch-polnischen Grenzvertrages von 1990, ihrem Widerstand gegen den NATO- und EU-Beitritt unserer östlichen Nachbarn sowie Wiedergutmachungsforderungen gegenüber dem von Nazi-Deutschland zerstörten Polen hat sich Erika Steinbach in der Vergangenheit kontinuierlich gegen die deutsch-polnische Versöhnung und europäische Einigung gestellt. Die Rechnung, die sie jetzt außen- und innenpolitisch dafür bekommt, will sie aber nicht zahlen. Frau Steinbach will nicht verstehen, dass sie mit ihrer Forderung, persönlich an der Stiftungsarbeit beteiligt zu werden, dem Projekt und dem Anliegen der Vertriebenen nicht nützt, sondern im Gegenteil schadet.

Während sie nun schon über Jahre für Irritationen in den deutsch-polnischen Beziehungen sorgt, haben verschiedene Vertriebenenorganisationen, aber insbesondere viele Vertriebene selbst, politische sowie zivilgesellschaftliche

Akteure auf beiden Seiten der Oder den Dialog gesucht und oft Freundschaft gefunden.

Frau Steinbach kann nicht den Anspruch erheben, Anwältin aller deutschen Vertreibungsoffer zu sein: Sie lässt die Vertriebenen ein von ihr verschuldetes Desaster ausbaden. Damit muss endlich Schluss sein. Die deutschen Vertreibungsoffer, die selbst in zahlreichen Initiativen und persönlichen Kontakten Freundschaften in Polen und Tschechen aufgebaut haben, brauchen keine Fürsprecherin, der es an historischer Sensibilität mangelt und die mühsam vorangetriebene Versöhnungsarbeit der Vertriebenen sowie die deutsche Außenpolitik ständig in Verruf bringt.

Es gibt genügend deutsche Vertriebenenorganisationen, die sich mit ihrem Engagement für die historische Aufarbeitung einen berechtigten Anspruch auf einen Sitz im Rat Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung verdient hätten. Frau Steinbach sollte die Heuchelei endlich beenden und den leeren Platz im Stiftungsrat anderen Akteuren überlassen.